

Kurzbericht zu Sozialen Bewegungen in Deutschland

Ein Beitrag zur Vorbereitung des 3. Welttreffens der Popularen Bewegungen mit Papst Franziskus in Rom 2016.

von Philipp Geitzhaus und Michael Ramminger, Münster 2015

Als Institut für Theologie und Politik (Münster, Deutschland) arbeiten wir seit über 20 Jahren an der Schnittstelle von Kirche und Sozialen Bewegungen in Deutschland sowie international. ¹ Zu unserer Arbeit gehört das aktive Engagement in den Bewegungen, organisatorische und inhaltliche Unterstützung und der Dialog zwischen Kirche, christlichen Gruppen und sozialen/politischen Bewegungen.

Papst Franziskus hat in seiner ersten Ansprache im Vatikan an Vertreter_innen der movimientos populares die drei T (Tierra, Techo und Trabajo) als drei zentrale Themenschwerpunkte geprägt. Diese stehen in enger Verbindung zur Kritik an der „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ und seiner Ökonomiekritik (Götze Geld uvm.). Die meisten Bewegungen, die auf den beiden Treffen (im Vatikan und in Bolivien) präsent waren, kamen aus dem globalen Süden. Zur Zeit ist die Zusammenarbeit zwischen Bewegungen und Organisationen des globalen Südens und der kapitalistischen Zentren trotz einer sich zunehmend globalisierenden Ökonomie nicht besonders intensiv. Im Folgenden soll deshalb aufgezeigt werden, welche Bewegungen in Deutschland sich in den Kontext dieser drei T stellen lassen, in welcher Form diese Themen dort präsent sind und wie mit ihnen praktisch umgegangen wird.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich soziale Bewegungen in Lateinamerika und in Europa, bzw. Deutschland erheblich unterscheiden. Während es sich in Lateinamerika vor allem um begleitete Selbstorganisationen Betroffener (Papiersammler, Landlose, z.B. MST in Brasilien, Bauernorganisationen) handelt, sind soziale Bewegungen in Europa von geringerer Stabilität und rekrutieren sich mehrheitlich aus der Mittelschicht. Wir reden von den sog. Neuen Sozialen Bewegungen, die im Anschluss an die „alten“ sozialen Bewegungen wie der bürgerlichen Frauenbewegung, der Arbeiterbewegung usw. ab den siebziger Jahren entstanden sind. Dies verändert sich angesichts der ökonomischen Krise zwar momentan vor allem im Süden Europas in Griechenland, Italien, Portugal etc. Soziale Bewegungen in Europa sind aber immer noch direkter auf das Feld politischer Auseinandersetzungen bezogen, nicht so sehr

¹ Vgl. dazu: In Bewegung denken. Politisch-theologische Anstöße für eine Globalisierung von unten, Institut für Theologie und Politik/Münster (Hg.), Münster 2003.

auf die unmittelbare Lösung sozio-ökonomischer Probleme der Beteiligten. Gleichwohl stellen sie in Europa diejenigen Bevölkerungsteile, die im Sinne von Papst Franziskus „eine wirkliche Veränderung, eine Veränderung der Strukturen ...“² wollen. Neben vielen kleineren dürften die relevantesten Bewegungen der letzten Jahre in Deutschland die sogenannte Blockupy-Bewegung und die Refugees-Welcome-Bewegung sein. Außerdem sind aber auch – häufig lokal geprägte – Initiativen, wie die Recht-auf-Stadt-Initiativen, die Klimagerechtigkeits-Initiativen und einige mehr zu nennen. Alle hier präsentierten Bewegungen zeichnen sich dadurch aus, auf breite zivilgesellschaftliche Bewegungen und für ihre Anliegen auf Bewusstseinsbildung und Aktionen zivilen Ungehorsams zu setzen.

Die Blockupy-Bewegung

Seit 2008 befindet sich die EU oder besser gesagt, einige Länder der EU in einer schweren Wirtschaftskrise. Vor allem Griechenland ist davon stark betroffen. Die herrschenden Regierungen haben die Krise als Anlass genommen, um die nationalen Ökonomien zu „modernisieren“, d.h. vor allem diese Ökonomien zu flexibilisieren. Arbeitsrechte wurden deutlich abgebaut, öffentliche / staatliche Einrichtungen wurden privatisiert, Sozialsysteme wurden geschwächt. Diese Prozesse wurden vor allem durch die sogenannte Troika initiiert, begleitet und unter erheblichem Druck eingefordert. Die Troika setzt sich zusammen aus der Europäischen Zentralbank, der EU-Kommission und dem Internationalen Währungsfond.

Als Reaktion auf diese Krise und die damit einhergehende Austeritätspolitik wurde in vielen Ländern Protest auf die Straße getragen und viele Bewegungen haben ihre Bündnis- und Organisationsarbeit intensiviert. In Deutschland hat sich 2012 das sogenannte Blockupy-Bündnis gegründet. Dieses ist ein Zusammenschluss vieler Gruppen und Organisationen aus dem linken Spektrum. Das Blockupy-Bündnis hat es sich zur Aufgabe gemacht, verschiedene gesellschaftliche Kämpfe miteinander zu verbinden. Dazu gehören vor allem die Kämpfe gegen die Austeritätspolitik, gegen das repressive Migrationsmanagement, die Auseinandersetzung um Carearbeit (Arbeit von Frauen), gegen die Ökonomisierung und Privatisierung öffentlicher Räume in den Städten bzw. für das „Recht-auf-Stadt“. Da diese Kämpfe in ganz Europa (und darüber hinaus) geführt werden, war das Bündnis von Anfang an international geprägt. Als zentrale symbolische Aktion wurde mehrmals das Hauptgebäude der Europäischen

2 Papst Franziskus, Rede vor den Sozialen Bewegungen, Santa Cruz, 09.07.2015

Zentralbank in Frankfurt (Deutschland), als Repräsentantin und bedeutende Akteurin des herrschenden Kapitalismus, blockiert.

Die großen Akteure des Blockupy-Bündnisses sind die Interventionistische Linke (Deutschland, Österreich), Attac Deutschland, Global Project (Italien), Solidarity for all (Griechenland) uvm.

Das Blockupy-Bündnis ist aber auch mit der Problematik konfrontiert, dass innerhalb der EU und in Deutschland eine breitere gesellschaftliche Unterstützung für ihre Anliegen fehlt. Der gesellschaftliche Konsens zur herrschenden Austeritätspolitik ist sehr stark. Außerdem wird die soziale Frage heute vor allem von xenophoben und nationalistischen Bewegungen thematisiert, die auch eine relativ große Zustimmung vieler Menschen innerhalb der EU erhalten (In Frankreich der Front National, in Deutschland Pegida/ Alternative für Deutschland, in Polen PiS).

Refugees-Welcome-Bewegung

Seit vielen Jahren versuchen Flüchtlinge in die EU zu gelangen, um dort einen Antrag auf Asyl stellen zu können. Das Migrationsmanagement der EU setzt aber zu großen Teilen auf Abschottung. So wird vielen Menschen das Recht verweigert, einen Antrag auf Asyl in der EU stellen zu können (Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht).

Gleichzeitig werden zahlreiche Menschen aus der EU abgeschoben oder durch eine extrem zermürende Verwaltungspraxis dazu gebracht, „freiwillig“ auszureisen. Dies betrifft vor allem Menschen aus Südosteuropa (Kosovo, Serbien, Albanien). Hinzutreten stark gewachsene fremdenfeindliche und nationalistische Bewegungen in vielen EU-Ländern, die den Diskurs gegenüber Flüchtlingen deutlich beeinflussen.

In Deutschland gibt es seit Oktober 2014 jede Woche in verschiedenen Städten Demonstrationen gegen Flüchtlinge und täglich werden Flüchtlingsunterkünfte angegriffen, häufig angezündet.

Gegen die repressive staatliche Politik sowie gegen die fremdenfeindlichen Bewegungen engagieren sich viele Menschen und Gruppen. In Deutschland gibt es dazu noch keine bundesweit organisierte Bewegung, aber viele große Organisationen, wie die Interventionistische Linke und viele lokale Initiativen engagieren sich gemeinsam mit Flüchtlingen. Selbstorganisationen von Flüchtlingen gibt es auch und immer wieder, jedoch wenige. Hervorzuheben sind hier die beiden Organisationen „The Voice“ und „Die Karawane“. Doch ist die politische Selbstorganisation von Flüchtlingen schwierig. Auf Grund der starken Verwaltung von Flüchtlingen durch die

jeweiligen Behörden, der Angst vor Abschiebung, tatsächlicher Abschiebungen und die Verlegung politisch aktiver Flüchtlinge in andere Lager oder Unterkünfte uvm. steht es um die Selbstorganisation von Flüchtlingen sehr schwer. Insofern gibt es viele Initiativen Solidaritätsgruppen, die die Organisation von Flüchtlingen unterstützen, öffentliche Artikulation ermöglichen, aber auch praktische Alltagsprobleme, wie die Suche nach Arbeit oder Sprachkursen usw., angehen.

Seit Sommer 2015 gibt es die Bemühungen die vielen Initiativen stärker miteinander zu vernetzen. Damit verbunden ist die Suche nach besseren Handlungsmöglichkeiten, um die Rechte von Flüchtlingen zu erkämpfen, um weitere Asylrechtsverschärfungen zu verhindern und um der starken fremdenfeindlichen Bewegung eine solidarische Willkommensbewegung (Refugees-Welcome-Bewegung) entgegen zu setzen. Die Bewegung der Flüchtlinge und der Solidaritätsinitiativen setzt sich aber vor allem für das Recht zu Gehen und zu Bleiben für alle Menschen ein. Damit verbunden sollen alle Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe sein (Schule, Ausbildung, Arbeit, soziale Sicherung, Wahlrecht usw.).

Klima - Ende Gelände!

Deutschland gehört zu den historischen und aktuellen Akteuren von Naturzerstörung und Klimawandel. Das betrifft einerseits die Umweltzerstörung und Nutzung umweltschädlicher Technologie in Deutschland selbst (intensive Nutzung von Kohlekraft, Kernenergie usw.) sowie der Export und die Förderung von entsprechenden Technologien im Ausland. Schon seit Jahrzehnten ist die Klima- und Umweltfrage von gesellschaftlicher Bedeutung in Deutschland. Die Klimaschutzbewegung, bzw. Ökologiebewegung setzt sich vor allem für eine ökologisch vernünftige Ökonomie ein. Der engagiertere Teil der Bewegung hält eine Lebensweise, die die Umwelt schützt und den Kapitalismus (auch green capitalism) für unvereinbar. Insofern versteht sich dieser Teil als deutlich antikapitalistisch. Ein aktuell wichtiges Bündnis heißt „Ende Gelände“ mit der Kampagne „Ende Gelände! Kohlebagger stoppen. Klima schützen.“ Das Bündnis setzt sich aus zahlreichen Klima-, MigrantInnen, und linken Gruppen zusammen wie 350.org, der Interventionistischen Linken, ausgeco2hlt, Afrique-Europe-Interact und vielen mehr. Die aktuellen Kampagnen wenden sich in erster Linie gegen die großen Kohletagebauprojekte in Deutschland und setzen stattdessen auf einen Ausstieg aus der Nutzung von Kohlekraft für internationale Klimagerechtigkeit. Die Kampagne setzt vor allem auf (symbolische) Besetzungen von Kohlebaggern. Zu den

Besetzungen wird teilweise öffentlich aufgerufen, um schon mit dem Aufruf eine öffentliche Diskussion um das Thema in Gang zu bringen. Gleichzeitig wird den Besetzungen jedoch mit einer starken Repression seitens der Polizei und des Betreiberkonzerns RWE begegnet. Das Bündnis ist gut vernetzt mit anderen Klimabündnissen in Deutschland wie der Anti-Atom-Bewegung sowie international.

Recht auf Stadt

In vielen Städten der Bundesrepublik gibt es Gruppen, die sich mit der Situation steigender Mieten, der Verdrängung ärmerer Menschen an die Peripherien und die Privatisierung öffentlicher Plätze auseinandersetzen. Sie organisieren Demonstrationen, veröffentlichen Kataster mit leerstehenden Spekulationsobjekten und informieren über die Eigentümergesellschaften. In einigen Städten ist es auch zur Besetzung leerstehender Häuser gekommen, um aus ihnen soziale Zentren zu machen.

Ein wichtiger Kampf besteht auch darin, dagegen zu kämpfen, dass Wohnungslose und arme Menschen z.B. mit Hilfe von Polizei und privaten Sicherheitsfirmen aus den Stadtzentren verdrängt werden, oder dass immer mehr öffentliche Plätze von kommerziellen Unternehmen benutzt werden (Restaurants, Geschäfte ...), so dass Menschen ohne Geld sich kaum noch in den Stadtzentren aufhalten können. Auch diese Gruppen versuchen sich zu organisieren und zu vernetzen und auf die Verantwortung der Regierung und der politischen Parteien aufmerksam zu machen.